

43/PET XXII. GP

Eingebracht am 09.12.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Anton Heinzl
Abgeordneter zum Nationalrat
Prandtauerstraße 4
A-3100 St. Pölten

An den Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Khol
Parlament
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
A-1017 Wien

St. Pölten, am 9. Dezember 2004

Petition gegen die drohende Schließung der Postämter in Pottenbrunn, St. Georgen und Spratzern

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition "gegen die drohende Schließung der Postämter in Pottenbrunn, St. Georgen und Spratzern" im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Anton Heinzl

Anlagen: wie oben erwähnt



DER BÜRGERMEISTER

29. November 2004

Sehr geehrter Herr Nationalrat,
lieber Freund!

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten hat in seiner Sitzung vom 24. November 2004 einstimmig eine „Resolution gegen die drohende Schließung der Postämter in Pottenbrunn, St. Georgen und Spratzern“ beschlossen, deren Wortlaut ich dir beiliegend zur Kenntnis bringen darf. Gleichzeitig ersuche ich dich im Namen der gesamten St. Pöltner Gemeindevertretung nachdrücklich um Unterstützung des in dieser Resolution ausgedrückten Anliegens!

Mit freundschaftlichen Grüßen

(Mag. Matthias Stadler)

S. g. Herrn
Abg. z. NR Anton Heinzl

Kokoschkastr. 11
3104 St.Pölten-Harland

RESOLUTION

des Gemeinderates der Landeshauptstadt St. Pölten vom 24. November 2004

gegen die drohende Schließung der Postämter in Pottenbrunn, St. Georgen und Spratzern

Die Landeshauptstadt St. Pölten protestiert mit Entschiedenheit gegen die drohende Schließung von drei Postämtern in Pottenbrunn, St. Georgen und Spratzern. Nachdem bereits 2002 die Postämter in Radiberg und Harland geschlossen wurden, stehen damit der Norden und der Süden St. Pöltens ohne Postamt da.

Diese Pläne würden einen massiven Schlag gegen die Infrastruktur in den drei aufstreben- den Stadtteilen darstellen, von deren über 15.000 Personen, also ein Drittel der Bevölkerung St. Pöltens, betroffen wären, davon 3.000 in St. Georgen, knapp 2.500 in Pottenbrunn und über 8.000 Bürger in Spratzern. Hinzu kommen jene 1.500 Personen in Harland und 1.300 Personen in Radiberg, die seit 2002 ohne Postamt auskommen müssen. Eine solche Schließung ist umso unverständlicher, als sich sowohl der Norden als auch der Süden St. Pöltens äußerst positiv entwickeln. Dies schlägt sich nicht nur in steigenden Bevölkerungszahlen und in zahlreichen neu angesiedelten Betrieben nieder.

Bei Schließung der Postämter in Pottenbrunn, Spratzern und St. Georgen stehen Firmen wie Geberit, Gourmet, Leiner oder Spar ohne Postamt in der Nähe da. Den Firmen in den Betriebsgebieten in Ratzersdorf, Radiberg und in Spratzern drohen kilometerlange Fahrten ins nächste Postamt.

Die seitens der Post AG in den Medien immer wieder als Rechtfertigung herangezogenen Defizite der Postämter erscheinen angesichts dieser Fakten fragwürdig. Darüber hinaus erwartet die Landeshauptstadt St. Pölten von einem so wichtigen Dienstleistungsunternehmen wie der Post, das sich über die ÖIAG zu 100% im Staatsbesitz befindet, dass nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen vorgegangen wird, sondern sich auch als Service für die Bürgerinnen und Bürger versteht.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten fordert den Vorstand der Post AG daher auf, auf die angedachte Schließung zu verzichten. Weiters fordert der Gemeinderat die Bundesregierung als Eigentümervertreter auf, gegen diese weitere Zerschlagung der Infrastruktur aktiv zu werden.